

11. Januar 2013

Motion Norbert Hodel, FDP

eingereicht am 8. November 2012 – Wortlaut siehe Beilage

Corporate Governance bei städtischen Beteiligungen

Norbert Hodel, FDP, hat zusammen mit 21 Mitunterzeichneten eine Motion betreffend „Corporate Governance bei städtischen Beteiligungen“ eingereicht.

Die Stadt Wil sei in einer Vielzahl von öffentlich-rechtlich oder privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen engagiert. In solche Körperschaften seien in letzter Zeit immer mehr städtische Aufgaben ausgelagert worden, teilweise mit konkreten Leistungsvereinbarungen. Die Vertretung der Stadt in den Führungsgremien dieser Körperschaften habe jeweils das dem jeweiligen Ressort vorstehende zuständige Stadtratsmitglied wahrgenommen. Dies könne naturgemäss zu Interessenkonflikten führen. Der Kanton St. Gallen habe vor einiger Zeit eine Beteiligungsstrategie und Regeln für die Vertretung in den Führungsgremien solcher Beteiligungen festgelegt. Es sei deshalb angezeigt, solche Bestimmungen auch in der Stadt Wil einzuführen.

Der Stadtrat sei daher zu beauftragen, dem Parlament Bericht und Antrag vorzulegen für eine Beteiligungsstrategie und die Einführung von klaren Regelungen für die Public Corporate Governance. Dabei solle insbesondere auch die Interessenkollision bei Mandaten vermieden werden, indem diese in geeigneter Weise ausgelagert werden. Zudem seien, falls die Stadt durch Behördenvertreter oder städtische Mitarbeitende Einsitz in Führungsgremien nehme, die Vergütungen aus solchen Mandaten zwingend dem allgemeinen Stadthaushalt zuzuführen.

Antrag Stadtrat

Die Motion sei erheblich zu erklären.

Begründung

Die Vertretung der Stadt Wil in Institutionen, an welchen die Stadt beteiligt ist, durch Mitglieder des Stadtrats oder Mitarbeitende der Verwaltung, kann zu Spannungsfeldern und Konflikten zwischen den Interessen der Stadt sowie der entsprechenden Institution führen. Der Stadtrat hat diese Problematik erkannt und sich im Frühjahr 2011 im Rahmen einer Klausurtagung mit der Thematik befasst. Dabei liess er sich von Mitarbeitenden der Staatskanzlei St. Gallen direkt von den kantonalen Bestrebungen informieren.

Auch wenn sich die erwähnten möglichen Interessenkonflikte in der Vergangenheit höchstens in Einzelfällen konkretisiert haben, zielt der Stadtrat bezüglich Public Corporate Governance in die gleiche Stossrichtung wie der Motionär und der Kanton St. Gallen. Es gilt im Umfeld dieser Fragestellungen insbesondere die Möglichkeiten und Grenzen einer Einflussnahme der Stadt Wil auf die strategische Leitung der städtischen Beteiligungen zu definieren und festzulegen. Der Stadtrat hat sich daher anlässlich seiner Sitzung vom 14. März 2012 eingehend mit der Materie befasst und beschlossen, Grundsätze zu erarbeiten, die letztendlich in der Festlegung einer Eigentümer- und Mitgliederstrategie münden könnten. Aufgrund der zeitintensiven Vorbereitungsarbeiten der Gemeindevereinigung verzögerte sich im letzten Jahr die Erarbeitung dieser Grundsätze allerdings.

Vom Auftrag der Motion abweichend, besteht bezüglich der Entschädigungen für externe Mandate seit Längerem die Regelung, dass die Mitglieder des Stadtrats Entschädigungen aus Verwaltungsratsmandaten oder anderen Delegationstätigkeiten bis zum Betrag von höchstens 10 % der Besoldung in Anspruch nehmen dürfen. Für Präsidialfunktionen dürfen darüber hinaus zusätzlich noch höchstens Fr. 5'000.-- beansprucht werden. Diese Regelung hat sich bewährt. Indes ist der Stadtrat bereit, im Rahmen der Festlegung der vorerwähnten Strategie, diese Regelung zu überprüfen.

Stadt Wil

Susanne Hartmann
Stadtpräsidentin

Christoph Sigrist
Stadtschreiber